Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

10.1.1874 (No. 8)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 8. | Erscheint täglich (Montag ausgen.) Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 48 kr. vierteljährlich. | Samstag, 10. Januar | Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. | 1874.

Unsere Gesinnungsgenossen

ersuchen wir dringend, alle ihnen **zuverlässig** bekannt werdende agitatorische Beeinflussungen der Reichstagswahlen Seitens der Staats- und Gemeindebeamten den Abgeordneten der katholischen Volkspartei schleunigst mitzutheilen.

Deutschland.

[] **Karlsruhe**, 8. Jan. Die auf gestern in Geiger's Trinkhalle anberaumte socialdemokratische Versammlung wurde, wie schon berichtet, von ca. 1500 Personen besucht. Aus der reichhaltigen und so weit gemessenen Rede des endlich erschienenen Candidaten **Schäfer** von Offenbach sei nur Weniges angeführt. Seine Partei verlange u. A.: Wahlberechtigung vom 21. Lebensjahre mit Inbegriff des Militärs, Einführung des directen Wahlrechts auch für die Landstände, Einführung allgemeiner und unentgeltlicher Schulen, einjährige Militärzeit: der Freiwillige lerne das Todtschießen in einem Jahre, warum ein Anderer nicht auch? Dem Landmanne und der armen Wittwe komme es hart genug um den herangewachsenen Sohn ein Jahr lang entbehren zu müssen. Ferner: bessere Bezahlung der Soldaten und Versorgung der Invaliden. — Der Redner geht der liberalen Partei scharf zu Leibe, solche wolle seine Partei mit dem gleich bei der Hand habenden Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit", „Staatsgefährlichkeit" niederschmettern, wenn man nicht liberal trinkt, liberal ißt und liberal schläft. Die socialdemokratische Partei wünscht vielleicht noch mehr als die liberale die Unabhängigkeit und Macht des deutschen Vaterlandes und steht auch dafür ein; ob denn derjenige staatsgefährlich sei, der anerkannte Mißstände zu beseitigen strebt? oder der, welcher mit der eben herrschenden Regierung nicht einverstanden ist und des **ganzen** Volkes Wohl wünscht, nicht nur einzelner bevorzugter Klassen? Die liberale Partei sei mit der seinigen früher auf gleichem Boden gestanden, dieselbe habe sich aber gehäutet und finde, zur Herrschaft gelangt, nun alles gut was sie früher bekämpfte, habe sich Bismarck ganz in die Arme geworfen, von dem sie sich dazu noch gerne (wie bei der Salzbesteuerungsdebatte) „Heuchler" schimpfen lasse. Die Arbeiterclasse habe bis jetzt keine richtige Vertretung im Reichstage, diese Bevölkerung — Redner versteht hierunter Kleinmeister, Bauern und nicht blos industrielle sog. „Arbeiter" — müsse endlich Männer aus ihrer Mitte in die Gesetzgebung schicken, so sehr man dies liberalerseits auch erschwere. Oder sei es z. B. liberal, wenn man Versammlungen überall störe, Placate losreiße und wenn möglich die Leute „abführe"? Dem Prinzen Wilhelm sei die Candidatur ein Leichtes, er brauche seinen Palast nicht zu verlassen, kein Wort zu sprechen, kein Programm zu entwickeln, er habe Leute genug, die für ihn einträten. Ueberhaupt trete die liberale Partei höchstens alle drei Jahre einmal, kurz vor der Wahl vor das Volk, schmeichle ihm dann ein bischen um wiedergewählt zu werden und es weiter beherrschen zu dürfen; sie seien am liberalsten (d. i. freigebigsten) mit Steuern und Gesetzen zu Gunsten der Actiengesellschaften ꝛc. Die Arbeiterpartei aber wolle keine bevorzugten Kasten, es sollten Alle, wie Christus verlange, **Brüder** sein. Ein anderer Redner empfiehlt die Wahl Schäfer's auf's Wärmste, warnt vor andern Candidaten, die nur ihr Parteiinteresse im Auge hätten, so vor den Demokraten, welche nur „Führer ohne Truppen" seien. Schließlich geht es noch heftig an die Literaten wegen ihrer Lügenberichte; so hätten liberale Blätter von dem nur eine halbe Stunde entfernten Rintheim falsch berichtet, da dort ein Gemeinderath Gerhard, der sie so „glänzend" widerlegt haben soll, gar kein Wort gesprochen habe. Gegenüber solcher Kampfart glaubt Schäfer an ein bekanntes Wort Friedrichs des Großen, als diesem ein gefangener Kosak vorgeführt worden, erinnern zu müssen: „Und mit solchem G— muß man sich herumschlagen!" Trotz vielfacher Aufforderung und Betonung der Redefreiheit ergriff kein Andersgesinnter das Wort. Die Versammlung endete nach einstimmiger Annahme einer Resolution zur kräftigen Unterstützung der Wahl Schäfer's und Absingung des Lassalleanerliedes.

Wir haben hierbei die Ueberzeugung gewonnen, daß die Arbeiter doch nicht so fürchterlich dumm sind, wie sie von dem Führer der Liberalen, Bluntschli verzollt werden, und mitunter mehr gesunden Verstand besitzen, als mancher Professor, Actenstaubverzehrer oder — Viehhändler. So gut wie diese brächten es die Arbeiter auch noch fertig, im Reichstag zu „sitzen".

◎ **Beiertheim**, 9. Jan. Auf die Kunde, daß Dr. **Neßler**, Abgeordneter des Karlsruher Landbezirks, mit einigen anderen Herren hierher kommen werde, um gestern Abend Wahlpropaganda zu machen, eilten die Herren Abgeordneter **Edelmann** und Dr. **Bissing** hierher und hielten ihrerseits eine Wahlversammlung im Gasthaus zum „Hirschen" ab, während die Liberalen im „Löwen" tagten. Herr Neßler hatte mit den Herren Oberamtmann **Bechert** und Altbürgermeister **Malsch** ein kleines Häuflein von kaum 30 Leuten vor sich, mehrere Karlsruher Herren inbegriffen; die Versammlung der Letzteren war denn auch sehr rasch beendet. Dagegen versammelten sich um die Redner der kath. Volkspartei die Bürger von Beiertheim und Bulach in so großer Zahl, daß die Räumlichkeiten des Hirschen die Menge kaum zu fassen vermochten. Herr **Edelmann** sprach über die Aufgabe des Reichstages und die Stellung der Katholiken im Reiche, Herr Dr. **Bissing** wies die infamen Verleumdungen und Beschuldigungen, die gegen Letztere geschleudert werden, auf's Entschiedenste zurück und zeichnete das Treiben der Servilen in scharfer Weise. Der Beifall wurde beiden Rednern bei der gehobenen Stimmung der Versammlung in reichem Maße zu Theil; außer Herrn Pfarrverweser **Kreuzer**, der die Versammlung durch eine kurze Ansprache begrüßte, ergriffen auch mehrere schlichte Bürger das Wort und allseitige Zustimmung fanden ihre warm gefühlten und zum Herzen dringenden Worte. Der Gesangverein von Bulach trug durch den guten Vortrag mehrerer Lieder viel zur Erhöhung der vortrefflichen Stimmung bei. Der morgige Tag wird zeigen, daß die gesprochenen Worte nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sind.

* **Constanz**, 8. Jan. Die „Freie Stimme" bringt als Beilage einen von einer Reihe der angesehensten Männer auf katholischer Seite unterschriebenen Aufruf zu Gunsten der Wahl Edelmann's gegen Roder.

Neukirch bei Furtwangen. Verschiedene Versammlungen auf dem Schwarzwald, namentlich von Herrn Pfarrer Kuenz in Waldau geleitet, geben Zeugniß vom erwachenden kath. Leben. (Fr. St.)

Aus dem Hegau, 3. Jan. Freunde und Feinde machen wir auf § 107 des Strafgesetzbuches aufmerksam. Dieser § 107 lautet: „Wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung **verhindert**, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängniß nicht unter 6 Monaten oder mit Festungshaft bis zu 5 Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar." Oppenhof erklärt zu diesem § 107 in seinem Commentar: „In den staatsbürgerlichen Rechten ist die **Freiheit der Wahl** begründet; **der Zwang, in einem bestimmten Sinne zu wählen**, schließt eine Verhinderung der Ausübung seines Rechtes in sich und fällt deßhalb unter das Strafverbot."

Sollte also irgendwo ein Gemeinde- oder anderer

Verschiedenes.

Berlin, 5. Januar. Die Aufregung über die wie ein Lauffeuer sich verbreitende Nachricht von der Verhaftung des 18jährigen Mörders Schneider hatte sich noch nicht gelegt, als bereits gestern Abend die Kunde von einem neuen Mordanfall die Stadt durchlief. Der Schauplatz war der Hof des Hauses Gr. Friedrichstraße Nr. 63, das Opfer ein daselbst in Arbeit stehendes Dienstmädchen. Letzteres hatte die Bewerbungen eines aufdringlichen Liebhabers, eines Brauergehilfen Robert Speer, beharrlich zurückgewiesen und erhielt vor einigen Tagen einen Brief, in welchem derselbe drohte, sie zu tödten, falls sie nicht bis zum Samstag sich zur Verbindung mit ihm entschlösse. Das Mädchen hatte dieser Drohung keine Bedeutung beigelegt, als sie sich aber gestern Abend gegen 11 Uhr nach dem Hofe begab, um Wasser zu holen, stürzte der verschmähte Liebhaber auf sie zu und versetzte ihr mit einem langen Messer einen Stich, welcher die Brust von einer bis zur andern Seite durchdrang. Das Mädchen sank laut aufschreiend zusammen, hatte aber noch so viel Kraft, sich bis zur Küchenthüre hinzuschleppen, während der Thäter entfloh. Einige Schutzleute, welche ihn blutbefleckt aus dem Hause herausstürzen sahen, machten sich zu seiner Verfolgung auf und waren ihm in der Nähe des Norddeutschen Hofes in der Mohrenstraße bereits dicht auf den Fersen, als der Verbrecher sich umwandte und mit den Worten: „Wer mich anrührt den schieße ich über den Haufen", auf den ihm nächsten Schutzmann ein Terzerol abfeuerte, glücklicherweise ohne zu treffen. Jetzt betheiligte sich eine Anzahl von Kutschern, welche mit ihren Wagen vor dem Norddeutschen Hof warteten, an der Verfolgung, und nach einer kurzen Strecke gelang es, den Fliehenden zu fassen, der dann sofort zur nächsten Wache gebracht wurde, jedoch nicht, ohne vorher von den kräftigen Fäusten seiner Verfolger verdientermaßen bearbeitet zu sein. Hoffentlich wird die Strafe der beiden Verbrecher eine so exemplarische sein, daß sie von jeder Nachfolge abschreckt und Berlin seinen traurigen Rang als Rivalin der Abruzzen einbüßen läßt. (Fr. J.)

(**Erdbeben**.) Die „D. Ztg." vom 6. Januar schreibt: „Wie uns von mehreren Seiten berichtet wird, wurde heute Morgen 4 Uhr hier eine Erderschütterung beobachtet. Unter diesen Umständen sieht man mit großer Spannung auf die von Neapel einlaufenden Nachrichten, denn es hat sich seither gezeigt und zwar seit der berühmten Vesuveruption vom Jahr 1632, daß den größeren Vesuvausbrüchen Erdbeben in der vulkanischen Eifel und in der Umgebung der erloschenen Vulkane vorausgingen. Ebenso waren die Eruptionen von Erderschütterungen in unserer Gegend begleitet und erst nach der Eruption pflegt diese Erscheinung und zwar völlig zu verschwinden. Es ist der alte längstbekannte Zusammenhang zwischen Erdbeben und Vulkanausbrüchen. Wenig Vulkanausbrüche viel Erdbeben, wenig Erdbeben viel Vulkanausbrüche, das heißt, kürzer ausgedrückt, beide Erscheinungen stehen in einem umgekehrten Verhältnisse. Hinsichtlich der Zeit des Auftretens der Erdbeben haben sich bisher wieder Perrey's Theorien und hinsichtlich des Vesuvausbruchs die letzteren, sowie die Erfahrung Palmiercis bestätigt. Auf Vollmond beobachtete Palmieri wieder die ersten Symptome der beginnenden Eruption. Die Erdbebenerscheinungen der letzten Monate lassen nicht vermuthen, daß die vulkanischen Kräfte stark genug seien, um einen Ausbruch in nächster Zeit erwarten zu lassen, dagegen ist es möglich, daß die Neumonde des Januar (18.), Februar (16.) oder März (18.) auf welchen die höchsten Fluthen des Jahres 1874 fallen (am 18. Jan. gleich 0,91, am 16. Febr. gleich 1,06, am 18. März gleich 1,16), wenn auch nicht einen neuen Ausbruch verursachen, so doch einen Anstoß für das Auftreten einer Erscheinung geben, wozu die Bedingungen bereits vorhanden sind."

— In der letzten Sitzung des Berliner Arbeitervereins spielte sich eine drastische Scene ab. Der durch sein excentrisches Wesen bekannte Versammlungsrhetor Nathan Schlesinger bat nämlich am Schlusse der Sitzung um das Wort und begann folgende Rede: „Meine Herren, ich muß Sie um Entschuldigung bitten, daß man mich in den letzten Sitzungen so sehr vermißt hat." — „Ich muß dem Herrn Redner bemerken," unterbrach ihn der Vorsitzende, „daß der Vorstand den Herrn durchaus nicht vermißt hat." — „Ja aber die Versammlung kann mich doch vermißt haben," replicirte der Redner. — „Ja, dann muß ich die Versammlung darüber befragen. Diejenigen, welche Hrn. Schlesinger in den letzten Sitzungen vermißt haben, bitte ich die Hand zu erheben." Keine Hand rührte sich, tiefe Stille herrschte einen Moment im Saale, aber gleich darauf brach ein homerisches Gelächter los, unter dessen Schutz Hr. Schlesinger den Saal verläßt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Beamter unter Bedrohung der Entlassung, Entziehung von Arbeit 2c. einen Untergebenen bestimmen wollen, in einem bestimmten Sinne zu wählen, so würde er, falls die Sache bekannt wird, eine Gefängnißstrafe nicht unter 6 Monaten bis zu 5 Jahren Festung erhalten. Wenn etwas Derartiges vorkommen sollte, so möge der Bedrohte einem der Candidaten der Volkspartei es sofort mittheilen, damit die nöthigen Schritte beim Reichstag veranlaßt werden können und den Wählern die Freiheit der Wahl gewahrt wird. (Fr. St.)

◎ **Aus dem Kreise Offenburg**, 7. Jan. Heute kam uns die Neujahrsnummer der „Oberrheinischen Lehrer-Zeitung, Organ der vereinigten freien Conferenzen und oberrh. Lehrer-Vereins" zur Hand. Wir können es nicht unterlassen, den Lesern des Bad. Beobachters zur Charakterisirung dieser Zeitung und vorzüglich des Geistes, der sie zu leiten scheint und der Stellung, welche dieselbe der Geistlichkeit gegenüber einnimmt, zwei Artikel aus dem Schlußtheil derselben, betitelt „Humor und Satyre" mitzutheilen. Der eine lautet „Stufenleiter der Werthschätzung. Ein großer englischer Staatsmann sagt: „Am besten bezahlen wir diejenigen, die uns morden, die Generale; dann diejenigen, welche uns betrügen, die Politiker, Pfaffen und Marktschreier, dann die, welche uns die Zeit vertreiben, Sänger, Tänzer, Musiker und Schauspieler; endlich am schlechtesten die, welche uns im Schweiße ihres Angesichts unterrichten."

Der andere Artikel im zarten Gewande der Poesie, mit der Ueberschrift „Stoßseufzer eines Oberlausitzer Dorfschulmeisters" lautet:

„Labe — niemals deinen Mund,
Lebe — schlechter als ein Hund, (!)
Liebe, lobe — Groß und Klein:
So gefällst du der Gemein'!
Badе — dich in Himmelsduft,
Beuge — dich vor jedem Schuft,
Baue — stets auf Gott den Herrn:
So hat dich der Pastor gern."

Es wird nicht nothwendig sein, über diese sinnigen Blüthen und herzigen Neujahrswünsche dieses Blattes, das sich auf Seite 2 selbst in einem Artikel, an die vereinigten Conferenzen gerichtet, eine „holde Maid" nennt, Randbemerkungen zu machen. Dagegen aber wollen wir die Hoffnung und Ueberzeugung aussprechen, daß dieselbe nur im Sinne der oder des Herausgebers, nicht aber aller Conferenz- und Lehrervereinsmitglieder hier und in ähnlichen Artikeln zu sprechen pflege. Dafür haben wir denn doch eine zu gute Meinung vor der Bildung des bei weitem größten Theils der Angehörigen jenes Standes, der was Beruf und Wirksamkeit anbelangt, dem der „Pastoren" am nächsten steht. Uebrigens haben wir gefunden, daß dieses Organ des Lehrerstandes auch in stylistischer Hinsicht Vieles zu wünschen übrig läßt.

* In **Langenbrücken** hielt außer den früher Erwähnten auch Herr Landwirth Stein von Kronau, wie uns nachträglich mitgetheilt wird, eine herrliche, mit vielem Beifall aufgenommene Rede über die jetzigen Zustände und die Reichstagswahl.

§ **Aus dem bad. Unterland**, 6. Jan. Bei der am 4. Januar stattgehabten Wahlbesprechung der liberalen Partei in Mosbach soll der Gr. Oberamtmann Ostner daselbst der „Bad. Neckarzeitung" zufolge u. A. geäußert haben, daß namentlich zwei Fragen vorhanden seien, welche auch Angehörige der liberalen Partei veranlassen könnten, zu Gunsten der Gegner zu stimmen: die Frage der Militärlast und die der Störung des confessionellen Friedens. Was der Redner in Bezug auf die erste Frage sagte, daß eine Verringerung der Militärlast zur Zeit unthunlich sei, können wir füglich übergehen, da wir damit einverstanden sind, nur wünschen wir — die Steuerzahler nämlich — nicht die enorme Höhe von 225 Thlr. auf 300 Thlr. für einen Mann. Bezüglich der kirchlichen Frage meinte der Redner: „daß die Störung des confessionellen Friedens keineswegs vom deutschen Reiche veranlaßt, dieses vielmehr selbst in die traurige Nothwendigkeit versetzt worden sei, gegen die Uebergriffe von kirchlicher Seite die unumgänglich erforderlichen Maßregeln zum eigenen Schutze zu ergreifen, — der Redner ermahnte wiederholt, bei der Wahl nicht nachlässig zu sein, und bezeichnete es als Ehrenpflicht aller reichstreuen, liberalen Männer, auf eine zahlreiche Betheiligung an der Wahl hinzuwirken." Wir wußten nicht, sollten wir lachen oder ernst sein, als wir diese nicht mehr ganz neue aus Bismarckischen Blättern entnommene widersinnige Behauptung gelesen haben, da doch jeder einfache Bauer weiß, wer den „Kampf gegen Rom" führt.

Die Katholiken des 12. Wahlbezirkes bilden bedeutend die Minderheit und bei der wiederum rastlos arbeitenden bekannte Maschine haben wir keine Hoffnung in unserem Bezirk zu reüssiren; wir erwarten aber doch, daß die Katholiken am Wahltage ihre Ehrenpflicht gewissenhaft erfüllen, nicht wie der Amtmann meint, der uns zumuthet, zu Gunsten der grimmigsten Katholikenfeinde zu wählen, was Letzteres für einen Katholiken eben doch furchtbar beschämend sein müßte!

* **Mannheim**, 7. Jan. Herr v. Feder ist nun als Candidat der Bourgeois-Demokratie für den Reichstag in letzter Stunde aufgetreten.

Aus Baden, 7. Jan. Nun greifen auch die Militärvereine in die Reichstagswahlbewegung ein. Der Offenburger und der Lahrer Militärverein haben „an die vormals im Heere gestandenen Wähler" ihrer Bezirke einen Aufruf erlassen, in welchem darauf hingewiesen ist: daß Männer, welche den Kaiser als ihren Kriegsherrn verehren würden, wenn sie noch unter Waffen ständen, in das bürgerliche Leben zurückgekehrt auch nur einem Manne, der dem Kaiser Freund, ihr Vertrauen zuwenden könnten. Wäre dieser Strömung nicht noch angemessener, überhaupt für Abschaffung des Constitutionalismus einzutreten und dem Kaiser, — der sich wohl am meisten Freund ist — die unbeschränkte Gewalt zu übertragen? Vielleicht kommt es auch noch dazu. Vorerst erklären die beiden genannten Militärvereine, Herr Kreisgerichts-Rath Bär sei der Mann ihres Vertrauens und sie begrüßten ihn um so lieber als solchen, da sie ihn „als Kameraden betrachten dürfen" — da Herr Bär bekanntlich Hauptmann in der Reserve. Aus diesem Erguße folgert sich ein neuer Gesichtspunkt: der militärische Parlamentarismus. Recht einfach wäre es wenigstens, wenn im Frieden den Reserveofficieren die Vertretung im Reichstage übertragen würde; im Kriege ruht der Parlamentarismus ja überhaupt. Der Bürger hätte sich dann nur noch mit dem Steuerzahlen und mit dem Gehorsam zu beschäftigen. (N. B. L.)

X*X **Aus Baden**, 8. Jan. Das schamlose und brutale Gebahren der sog. „Liberalen" in Tauberbischofsheim erregt bei allen rechtlich denkenden Leuten die tiefste Entrüstung. Als vor einigen Jahren Herr Decan Lender und andere Geistliche sich erlaubten, bei einer Wahlmännerversammlung in Kuppenheim sich einzufinden und in friedlicher Weise an den Verhandlungen Theil zu nehmen — von gewaltsamem Eindringen, Stören und Verhindern der Versammlung war gar keine Rede —, war die „Bad. Landeszeitung" darüber außer sich vor Wuth und rief aus: „Es ist denn doch etwas weit gekommen mit der Anmaßung dieser Leute." Aber jetzt, unparteiische Base, wie beurtheilt diese nun eine solche unqualificirbare „Anmaßung" ihrer eigenen Leute, die gewaltsam zum Voraus ein von unserer Partei gemiethetes Versammlungslokal besetzen, in das sie von Niemand eingeladen waren? Nicht wahr, jetzt heißt es: Ja, Bauer, das ist was Anderes! Und was soll man dazu sagen, daß dabei Leute mitwirkten, die ihrer Stellung gemäß dazu hätten beitragen sollen, jeden Anlaß zu gefährlichem Zusammenstoß zu beseitigen? Hat das katholische Volk für sein theures Geld nicht einmal das Recht, bei seiner friedlichen Versammlung gegen „liberale" Gewalt und Brutalität Schutz zu genießen? „Es ist denn doch etwas weit gekommen mit der Anmaßung dieser Leute."

Stuttgart, 7. Jan. In der Abgeordnetenkammer ist ein Gesetzentwurf über das Retablissement des württembergischen Armeecorps eingelaufen; die zu diesem Zweck geforderte Summe beziffert sich auf 11,600,000 Gulden. Die Kammer genehmigte das Verfassungsgesetz mit 69 gegen 7 Stimmen. Von dem württembergischen Antheil der französischen Kriegsentschädigung (49,686,176 fl.) ist gegenwärtig über 49,100,000 Gulden verfügt.

München, 8. Jan. Dr. Anton Ruland, hervorragender Landtagsabgeordneter und Oberbibliothekar in Würzburg, ist heute Morgen an der Cholera hierselbst gestorben.

München, 8. Jan. Die Prinzessin Gisela, Gemahlin des Prinzen Leopold von Bayern, ist von einer Prinzessin entbunden worden.

Frankfurt, 7. Jan. Es steht jetzt fest, daß die Thätigkeit des preußischen Landtags durch den Reichstag unterbrochen werden wird. Nur über die Frage, wie dies geschehen soll, scheint noch kein bestimmter Beschluß gefaßt zu sein. Ein Correspondent der „Magdeb. Ztg." meint, von einer formellen Vertagung des Landtages werde man voraussichtlich auch dieses Mal absehen und die Sitzungen nur thatsächlich aussetzen. Diese Thatsächlichkeit bedeutet praktisch die Kleinigkeit von etwa 100,000 Thalern, da alsdann die Diäten fortgezahlt werden, was den zahlreichen preußischen Mitgliedern beider Parlamente über die schlimme Diätenlosigkeit des einen ihrer Mandate praktisch hinweghelfen würde.

In Bezug auf das zu erwartende Preßgesetz glaubt selbst der Nationalliberalismus sich keinen Illusionen mehr hingeben zu dürfen. Es ist ausnahmsweise einmal klarer Wein, den uns die „Magdeb. Zeitung" einschenkt, wenn sie sagt: „Nach dem Willen der Reichsregierung soll mit der deutschen Presse etwas ganz Absonderliches geschehen; es sollen für sie nicht gesetzliche Normen geschaffen werden, die ihre Freiheit verbürgen und alle Extravaganzen mit Strafe bedrohen, sondern die Presse soll, wenn irgend möglich, mundtodt gemacht werden." Mögen die deutschen Bürger sich erinnern, daß sie darüber einmal noch mitzusprechen haben und zwar am 10. Januar. (Frkf. Ztg.)

Paderborn, 5. Jan. Der hiesige Bischof hat die Kirchenvorstände angewiesen, auf Herausgabe der auf Anweisung der Staatsbehörde den ungesetzlich angestellten und weiter amtirenden Pfarrern weggenommenen Kirchenbücher und Kirchensiegel gegen den Fiscus klagbar zu werden. Vermuthlich wird von der Staatsregierung auch in diesem Falle der Competenz-Conflict erhoben werden, wie hinsichtlich der versiegelten Hörsäle Seminarium Theodorianum geschehen ist.

Berlin, 4. Jan. Die Officiösen schreiben: „Ueber die im Cultusministerium vorbereiteten Maßregeln zur Ergänzung der Maigesetze sind sehr widersprechende Nachrichten verbreitet. Einerseits heißt es, daß davon Abstand genommen sei, anderseits behauptet man, daß es sich lediglich um eine Vorlage dabei handele, die sich auf die Wiederbesetzung erledigter Bisthümer beziehe. Alle diese Nachrichten sind ungenau. Wahr aber ist, daß, wenn nicht in nächster Zeit, so doch in der Zwischenperiode der gegenwärtigen Session des Landtages von Seiten des Cultusministeriums Gesetzentwürfe zur Vorlage kommen sollen, welche bestimmt sind, die Maigesetze auf allen Gebieten zu verschärfen, wo durch das Verhalten der Bischöfe sich als ein Bedürfniß dazu herausgestellt hat."

Berlin, 4. Jan. Seit dem Neujahrstage hat der „Staatsanzeiger" seine Berichte über das Befinden des Kaisers eingestellt und dieser selbst hat an jenem Tage zum ersten Male nach einer Unterbrechung von sechs Wochen wieder Uniform angelegt. Auf beide Momente wird zum Beweise dafür hingewiesen, daß der Kaiser sich in voller Reconvalescenz befinde und seiner vollständigen Genesung sehr nahe sei. Um so befremdender müßte es erscheinen, daß der Kaiser am 18. d. M. das Ordensfest nicht in eigener Person abhalten will. Diese schon seit längerer Zeit feststehende Entschließung erklärt es aber, daß eine vollständige Genesung des Kaisers in Wirklichkeit so bald nicht zu erwarten ist. Voraussichtlich wird der Kaiser auch den bevorstehenden Reichstag nicht in Person eröffnen. An welchem Tage diese Eröffnung vor sich gehen wird, steht heute auch noch keineswegs fest. Jedenfalls wird eine endgültige Entscheidung darüber erst nach erfolgter Rücksprache mit den Präsidenten der beiden Häuser des Landtages getroffen werden. In den der Regierung nahestehenden Kreisen glaubt man übrigens, daß die Einberufung wohl nicht vor dem 18. Februar stattfinden wird. Inzwischen will die „Germania" von einem Briefe Kenntniß erhalten haben, in welchem Fürst Bismarck dem Feldmarschall Grafen Roon dazu Glück gewünscht haben solle, daß er „aus der Teufelsgeschichte heraus sei." Die Richtigkeit dieser Thatsache vorausgesetzt, muß man es dahingestellt sein lassen, ob ein solcher Glückwunsch so ganz von Herzen gekommen ist. Wenigstens wird Fürst Bismarck bald genug empfinden, daß er an den Grafen Roon und Moltke eine starke Stütze in den der Cognition des Reichstages unterliegenden militärischen Fragen verloren hat. Beide waren für den Reichstag in militärischen Angelegenheiten eine so gewichtige Autorität, daß sie schwer zu ersetzen sein dürften. Ihren Verlust wird der Reichskanzler um so mehr zu bedauern haben, wenn das fortschrittliche Element im neuen Reichstage sehr an Boden gewinnen sollte; denn daß dieses entschlossen ist, sowohl in Betreff des Militärbudgets als auch in Betreff des Militärgesetzes seine eigene Meinung geltend zu machen und nicht zu allem blind Ja und Amen zu sagen, haben selbst die gemäßigteren Führer der Partei rückhaltlos ausgesprochen und durch ihr früheres Verhalten außer Zweifel gestellt. Dazu kommt, daß die Nationalliberalen durch ihre Fahnenflucht bei der Civilehe-Frage und durch ihren immer offener hervortretenden Ministerialismus das Band, welches sie bisher, wenn auch locker, mit dem Fortschritt verknüpfte, gänzlich zerrissen haben. Eine andere Frage, in welcher voraussichtlich sogar ein Zwiespalt innerhalb der nationalliberalen Partei zum Ausbruch kommen wird, betrifft den Erlaß eines Reichspreßgesetzes, indem Fürst Bismarck trotz dem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

entschiedenen Widerstand einiger Bundesregierungen auf seinem Willen besteht, dem § 20 eine Fassung zu bewahren, welche es der Executive ermöglicht, jede mißliebige Presse zu knebeln. Zur Zeit werden die Verhandlungen über diesen Punkt zwischen den Commissaren des Bundesrathes und ihren betreffenden Regierungen fortgeführt; doch ist wenig Aussicht vorhanden, daß es darüber zu einer Verständigung zwischen letzteren und der preußischen Regierung kommen werde. — Als nomineller Besitzer der „Spener'schen Zeitung" ist in das Handels-Register der Professor Dr. Birnbaum zu Plagwitz bei Leipzig eingetragen; daß derselbe aber der wirkliche Eigenthümer des Blattes sei, glauben nur Wenige. Aber wie stark auch der Reptilienfond bei diesem Unternehmen betheiligt sei, zu irgend welchem Einfluß wird die neue Redaction demselben nicht verhelfen, da ihre Leistungen bis jetzt noch tief unter den Leistungen der entlassenen Redaction stehen.

Aus Schlesien, im Jan. Bis zu welchem Grade der kirchliche Conflict und die demselben entspringen den Agitationen die Massen bereits erregt haben, ergibt sich aus einem Vorfall in Rasselwitz im oberschlesischen Kreise Neustadt, über den die „Schles. Volksztg." wie folgt berichtet:

Am heutigen Tage, den 30. December, Vormittags 11 Uhr, erschien plötzlich, ohne vorhergegangene Anmeldung der k. Kreislandrath Dr. von Wittenberg in Begleitung des zuständigen Polizei-Verwalters in der hiesigen Pfarrei, um, da der zeitige Pfarrer seine achtwöchentliche Festungshaft abbüßt, und kein der königlichen Regierung gegenüber nach Maßgabe der jüngsten Maigesetze legitimirter Stellvertreter die vices des Pfarrers wahrnimmt, die Kirchenbücher und das Amtssiegel — beides Eigenthum der Kirche — abzunehmen. Der aus Gefälligkeit den Pfarrer vertretende Weltpriester gab die Kirchenbücher, so wie das Siegel unter dem entschiedensten Protest heraus, nachdem der Landrath erklärte, er würde event. Gewalt anwenden, um in den Besitz vorgenannten Kircheneigenthums zu kommen. Mittlerweile hatten sich auf uns unerklärliche Weise die Parochianen des Kirchenortes sowohl als aus den übrigen eingepfarrten Ortschaften in großen Massen auf der Pfarrei eingefunden; in der Meinung, es handle sich um die Abführung des Vertreters des Pfarrers. Die Männer erklärten mit größter Energie, und indem sie ihrer Indignation sowohl durch Geberden als heftige Worte Luft machten, sie würden nie zugeben, daß ihnen der Geistliche genommen werde. Einer der Männer stellte sich mit erhobener Rechten dicht an den — sonst gefürchteten — Chef des Kreises hin und fragte mit tiefstem Unwillen: „Herr Landrath, ist das Gerechtigkeit, daß man uns die Geistlichen nehmen will. Fürchten Sie sich denn vor Gott nicht?" Nur mit Mühe konnte den um ihren Glauben bangenden Männern begreiflich gemacht werden, daß der Geistliche bleiben würde und nur die Kirchenbücher und das Siegel abgeholt werden sollten. Aber auch das wollte das Volk, welches einmal diese Sachen als Kircheneigenthum ansieht und als solches erklärte, nicht zugeben. Alles protestirte mit der größten Entschiedenheit. Es entspann sich ein sehr lebhafter Wortwechsel. Ein Mann fragte zunächst nach dem Recht, mit welchem der Landrath kirchliches Eigenthum antasten dürfe. Dieser berief sich auf höheren Auftrag und betheuerte, wie er nur im Gehorsam gegen seine Behörde handle. Sofort wurde er nach dem angegebenen schriftlichen Auftrage gefragt. Es blieb ihm nichts Anderes übrig als diesen vorzuweisen, indem er allerdings betonte, er sei dazu nicht verpflichtet. Gleichwohl mußte der Landrath schließlich die Intervention des Geistlichen nachsuchen, und erst auf dessen Bestätigung des höheren Auftrages für den Landrath, ferner auf dessen Auseinandersetzung der Sachlage und nach dessen Versicherung, daß er nach der Zusage des Herrn Landrathes weiter fungiren könnte, gaben die Männer unter erneuertem Protest und unter Androhung von Beschwerdeführung falls das vorbezeichnete Kircheneigenthum nicht mit der Stunde der Rückkehr ihres Herrn Pfarrers zurückgestellt würde, zu, daß die Kirchenbücher nebst Amtssiegel entfernt wurden. Der Herr Landrath empfahl sich alsdann eiligst, nach allen Seiten hin verbindlichst grüßend. Der Volksunwille war aber noch keineswegs gehoben, sondern diente dazu, daß man allerlei Nutzanwendungen aus dem eben Erlebten machte. Die Situation war in der That sehr gefährlich und im Volkshaufen ertönte immer und immer die Erklärung, „um unserer Geistlichen, um der Kirche und des Glaubens willen ertragen wir Alles, aber geben nicht nach."

Ausland.

London, 8. Jan. Aus Cape-Coastcastle wird vom 18. December gemeldet, daß die Engländer eine Brücke über den Prah-Fluß geschlagen haben.

Madrid, 7. Jan. Von der Belagerungsarmee vor Cartagena wird gemeldet, daß ein Pulvermagazin in dieser Stadt durch eine Explosion zerstört worden sei.

Aus Spanien. (Schluß des Berichts des Correspondenten der Köln. Ztg.):

Wie ein gehetztes Wild von Berg zu Berg gejagt, sah sich Ollo im Februar genöthigt, Navarra zu verlassen und nach Guipuzcoa überzutreten. Seine Streitmacht betrug in diesen Tagen 857 Mann, abgerechnet einzelne kleine Freicorps (Partidas), die in ihrer Provinz verweilten, versteckt in den unzugänglichen Bergen, in der Tracht der Bauern einhergehend. Diese Partidas sind es, die von den Franzosen im letzten Kriege gegen Preußen in ihren Franctireurs so unglücklich carrikirt wurden. Hierüber existirt in Spanien folgende sehr bezeichnende Anekdote. Einer der Gambetta'schen Generale wandte sich während des Feldzuges mit der Frage an den Marschall Prim: „Wie man es anfangen müsse, und vor Allem was man nöthig habe, um einen nachhaltigen, erfolgreichen Freischaaren-(Guerrilla) Krieg zu führen." Prim's lakonische Antwort lautete: „Männer", aber in seiner spanischen Ausdrucksweise; so traf er den Nagel auf den Kopf, das ist, was Frankreich fehlt, und weßhalb der Norden Spaniens, vor Allem Navarra und die baskischen Provinzen, von je her so Hervorragendes in dieser Art der Kriegführung geleistet.

In Guipuzcoa bemächtigte sich General Ollo der Patronenfabrik zu Azpeitia, die er jedoch im Februar wieder aufgeben mußte, denn abermals von sieben feindlichen Colonnen hart bedrängt, war der kleine Trupp genöthigt, nach Alava und dann nach Biscaya abzuziehen. Die Gefechte von Miravalls und Villara am 16. und 17. Februar schafften für den Augenblick einige Ruhe und gestatteten in ihren Folgen dem General Ollo, nach Navarra zurückzukehren. Um diese Zeit, am 13. Februar, war der Sommerkönig Amadeus in Madrid gefallen und die Republik proklamirt.

Moriones, unter dessen Commando der Carlistenaufstand nicht nur nicht geendet, vielmehr materiel und moralisch an Kraft gewonnen hatte, war abgesetzt und an seiner Stelle General Pavia zum Befehlshaber im Norden ernannt. Der Schlachtruf der Carlisten: „Nieder mit dem Fremden", machte dem alten: „Viva el rey!" Platz. Der 4. März brachte bereits einen abermaligen Wechsel im feindlichen Obercommando, für Pavia ward Nouvilas hergesandt. Doch kam er gerade nur zur Zeit, um bereits am 9. bei Monreal gänzlich geschlagen zu werden, sogar momentan selbst in Gefangenschaft zu gerathen, aus der er nur durch seine Cavallerie und die Dunkelheit wieder befreit wurde. Am 5. Mai ward bei Eraul das erste einiger Maßen entscheidende Gefecht geliefert; den Carlisten brachte es die erste Kanone, und für den Feind war es die Veranlassung, seine Taktik zu ändern, indem er sich mehr concentrirte und aus den bis jetzt vorhanden gewesenen 8 bis 10 Colonnen deren 3 bis 4 formirte. Noch heute operirt General Moriones, der inzwischen wieder zum Oberbefehlshaber ernannt wurde, nach denselben Grundsätzen. Im Norden ist Loma, im Süden Primo de Rivera stationirt, während er sich bald hier bald dorthin wendet.

Eine Reihe nach Eraul folgende Gefechte und die Einnahme aller kleinen Orte, in denen noch republicanische Besatzungen meist in verschanzten Casernen standen, bezeichnet die weiteren strategischen Operationen. Wichtiger als diese ist die nun folgende, überraschend schnell fortschreitende Organisation. Zur Zeit der Schlacht von Eraul bestanden die navarrischen Streitkräfte aus 2200 Mann und 50 Pferden, eingetheilt in 3 Bataillone, das 1., das von Anfang her bestand, das 2., das nach Monreal, und das 3., das einige Zeit vor Eraul formirt war.

Am 25. Juni ward Irurzun genommen, am 26. bei Udarbi eine zweite Kanone erobert, darauf Puente la Reina und Zirauqui, letzteres nach hartnäckigem Kampf, besetzt. Am 23. Juli wurden abermals 2 Geschütze genommen. Am 24. August endlich fiel Estella mit 556 Gefangenen; gleichzeitig wurde am 23. und 25. in den Gefechten bei Ollo und Dicastillo der neu ernannte republikanische Oberbefehlshaber Santa Pau geschlagen. In dem ersten dieser Gefechte ward der General Ollo leicht verwundet, so daß er am 2. Tage bei Dicastillo verhindert war, zu commandiren. Es ist dies das einzige Mal, daß er seine Truppen nicht selbst zum Gefecht geführt. Der Feind zog sich über den Ebro zurück, und beide Actionen, die für die Carlisten mit der Behauptung ihrer Positionen endeten, bilden den Anfang zu einer Reihe von Gefechten um Estella, die als zusammengehörendes Ganzes aufzufassen mir vergönnt sein mag und so einige Worte über sie anzuführen, die ihren Ursprung wie Ausgang beleuchten sollen.

Ihren Anfang nahm diese indirekte Vertheidigung Estellas, wie schon gesagt, am 23. bis 25. August bei Ollo und Dicastillo. Es folgten am 26. September und 2. October zwei andere unbedeutende Demonstrationen des Feindes gegen Dicastillo. Am 6. October das Gefecht bei Manneru. Am 7., 8. und 9. November die am Monte Jurra. Die Frage, wer hier Sieger geblieben, ist es, die zu vielem Streite Veranlassung gegeben. Es handelt sich bei der Frage, wer ein Gefecht gewonnen, naturgemäß zuerst um den Zweck, dann um das positive Ergebniß desselben. Der Zweck aller jener um Estella ausgefochtenen Kämpfe war Seitens der Republicaner die Rückeroberung, Seitens der Carlisten die Vertheidigung dieser Stadt, das scheint wenigstens mir unzweifelhaft? Was General Ollo anbelangt, kann ich verbürgen, daß er es gewollt, und General Moriones, der nach einander von 3 Seiten gegen denselben Punkt Vorstöße versucht und der schon vor der Schlacht von Manneru und dann wiederholt öffentlich publicirt hatte, daß er, koste es, was es wolle, nach Estella einrücken wolle, wird wohl für seine Angabe, durch die Gefechte am Monte Jurra nichts weiter als das Vorschieben seines Hauptquartiers nach Los Arcos erreichen zu wollen, weiter keine Glaubwürdigkeit beanspruchen. Erstens widerspräche dies seiner eigenen Behauptung, nach Estella zu marschiren, zweitens hatte er nicht nöthig, sich Los Arcos zu erobern, da es ihm schon vor der Schlacht unbestritten gehörte und drittens verließ er gerade in Folge letzterer Los Arcos und zog sich nach Logronno zurück. Was nun die Entscheidung anbelangt, so liegt diese hier, wie immer in der Frage: Wer hat gewonnen? Der, der das Schlachtfeld behauptet, oder der, der es dem Gegner überläßt? Hat ferner der gewonnen, der zum Schutz eines gewissen strategischen Punktes kämpft und diesen wirklich schützt, oder der, der diesen Punkt zu nehmen versucht, aber unverrichteter Sache zurückkehrt? Die einzig richtige Beurtheilung aller jener Gefechte um Estella bleibt wohl die, daß der Sieg den königlichen Truppen unbestritten verbleibt. ganz analog wie die preußische Kriegsgeschichte mit Recht die Schlachten von Noisseville, Le Bourget und alle jene andern Ausfallsgefechte vor Metz und Paris nicht als verlorene Gefechte betrachtet. In jenen versuchten die eingeschlossenen französischen Armeen die preußischen Linien nach außen, während General Moriones vor Estella die carlistischen Linien nach diesem Punkte hin eben so vergeblich zu durchbrechen versuchte. Bezeichnet man nun jene Gefechte als zwecklos, so ist auch dies wohl unrichtig, wenn man nicht den Grundsatz aufstellt, alles Geschehene nach seinem Erfolg zu beurtheilen, statt nach der zu Grunde liegenden Absicht.

Entscheidungsschlachten sind allerdings in jenen Tagen nicht geliefert, und werden für's Erste auch nicht geschlagen werden, das liegt eben in den Verhältnissen. In diesen Gefechten um Estella concentrirt sich denn auch nach der Einnahme jenes Ortes die ganze Thätigkeit des Generals Ollo. Nur zwei Mal auf kurze Zeit verließ er seine Provinz, um Tolosa nehmen zu helfen, beide Versuche hierzu sind fehlgeschlagen. Die letzte Schlacht bei Villabona aber ist, trotzdem sie für die königliche Armee als verloren zu betrachten, für General Ollo und die Navarrer ein neuer Ehrentag geworden, schon deßhalb, weil sich der Werth einer Truppe erst dann am schlagendsten erweist, wenn die Verhältnisse nicht glücklich, der Erfolg kein siegreicher ist. Die Schlacht bei Tolosa beschließt in den Annalen des jüngsten Carlistenkrieges ein Jahr, in dem viel gearbeitet und viel erreicht wurde.

Lokales.

* Karlsruhe, 8. Jan. Premierlieutenant Oehlmann vom dritten Dragonerregiment hat sich erschossen.

Die kath. Volkspartei im Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal wählt:

Michael Hennig,

Pfarrer in Seelbach.

☛ Stimmzettel der katholischen Volkspartei sind bei Herrn Dessart und in der Druckerei des Bad. Beobachters zu haben.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.